

EUROPÄISCHES PARLAMENT

54. SITZUNG DES GEMISCHTEN PARLAMENTARISCHEN AUSSCHUSSES EU-TÜRKEI

Istanbul, 13. und 14. Juni 2005

PROTOKOLL

Inhalt

	<u>Seite</u>
1. Annahme des Entwurfs der Tagesordnung (PE 358.258)	2
2. Genehmigung des Protokolls der 53. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei vom 23./24. Februar 2005 in Straßburg (PE 350.505)	2
3. Beziehungen EU-Türkei vor dem Hintergrund des Beitritts der Türkei Aussprache mit : - Herrn Sjoerd GOSSES, Botschafter der Niederlande in der Türkei, als Vertreter des Ratsvorsitzes der EU - Herrn Hansjörg KRETSCHMAR, Delegationsleiter, als Vertreter der Europäischen Kommission - Herrn Mustafa Oguz DEMIRALP, Botschafter, Ständiger Vertreter der Türkei bei der EU	2 / 8
4. Beziehungen mit der Zivilgesellschaft der Türkei	2
5. Lage der Frauen in der Türkei	6
6. Integration der in der EU lebenden türkischen Bevölkerung	10
7. Verschiedenes	10
8. Zeitpunkt und Ort der nächsten Sitzung	10

Anhang: Liste der Teilnehmer

Herr DUMANOGLU, Ko-Vorsitzender, eröffnet die Sitzung um 15.10 Uhr.

1. Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Das Protokoll wird genehmigt.

3. und 4. (Beziehungen EU-Türkei vor dem Hintergrund des Beitritts der Türkei / Beziehungen mit der Zivilgesellschaft der Türkei)

Herr DUMANOGLU, türkischer Ko-Vorsitzender, heißt alle teilnehmenden GPA-Mitglieder und Gäste willkommen. Er teilt mit, dass wegen einer wichtigen Kabinettsitzung in Ankara am selben Tage leider keiner der eingeladenen Minister der türkischen Regierung an der Eröffnung der Aussprachen im GPA teilnehmen könne. Er übermittle das tiefe Bedauern und die Entschuldigungen der türkischen Regierung. Er sei sich jedoch sicher, dass es dem neuernannten türkischen Verhandlungsführer Ali BABACAN möglich sein werde, eine spätere GPA-Sitzung zu besuchen. Herr DUMANOGLU hebt hervor, dass mit der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober eine neue Ära in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei beginne. Er erinnert an die lange Geschichte dieser Beziehungen und verweist insbesondere auf den einstimmigen Beschluss des Rates vom 17. Dezember 2004 über die Aufnahme von Verhandlungen. Es habe in der Türkei Besorgnis gegeben wegen der jüngsten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden und der anschließenden internen EU-Debatte. Es sei jedoch klar, dass es für die Türkei keine Alternative zur EU-Vollmitgliedschaft als Ergebnis der Beitrittsverhandlungen gebe. Er hoffe, dass der britische Ratsvorsitz dies seitens der EU bekräftigen könne. Etwas anderes werde das türkische Volk nicht akzeptieren. Herr DUMANOGLU bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass die derzeitigen Diskussionen über „Alternativen“ zur Vollmitgliedschaft bald geklärt werden können. Er erkenne an, dass in der Türkei wie auch in der EU bestimmte Schwierigkeiten und Fragen der „Wohlfahrt“ behandelt werden müssten. Herr DUMANOGLU gibt ferner einen Überblick über die Fortschritte der Türkei bei der Verabschiedung der noch anzunehmenden Gesetze und Erfüllung der Verpflichtungen im Hinblick auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Er sehe sehr gute Fortschritte bei allen noch zu behandelnden Fragen, dies betreffe u. a. das neue Strafgesetzbuch, die Abschaffung der Folter, die Ehrenmorde, das Stiftungsgesetz, den Dialog mit der Zivilgesellschaft, aber auch die Religionsfreiheit, darunter die Frage des griechisch-orthodoxen Seminars von Halki. Zum Abschluss betont Herr DUMANOGLU, wie wichtig es ist, klare Signale auch an die türkischen Bürger auszusenden, damit das Bild der EU in der öffentlichen Meinung positiv bleibt. Die derzeitige Zollunion sei für die Türkei nicht vorteilhaft, da die Einfuhren aus der EU die Ausfuhren der Türkei bei weitem überschritten. Es müsse klargestellt werden, dass die EU jetzt nicht etwa Alternativen zu einer vollen EU-Mitgliedschaft der Türkei in Erwägung ziehe.

Herr MATSAKIS ergreift das Wort, um sich dagegen zu verwahren, dass sein Land in von der türkischen Seite vorgelegten Dokumenten als „Südzypem“ bezeichnet wird.

Herr LAGENDIJK heißt die Teilnehmer an der GPA-Sitzung gleichfalls willkommen. Er schließe sich der Meinung von Herrn DUMANOGLU an, dass diese Sitzung durch ihren Zeitpunkt – nach den jüngsten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden und vor

der geplanten Aufnahme der Beitrittsverhandlungen – eine besondere sei. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die EU-Erweiterung nicht unter den ersten Opfern der jüngsten Volksabstimmungen sein werde. Jetzt habe ein Nachdenken eingesetzt. Sicherlich müsste die Erweiterung den Bürgern besser vermittelt werden. Herr LAGENDIJK stellt fest, dass die Entwicklungen und Beitrittsvorbereitungen in der Türkei in den vergangenen Monaten, also seit dem Beschluss des Rates von Dezember 2004 über die Aufnahme der Verhandlungen, erheblich an Schwung gewonnen hätten. Er erkenne an, dass die Türkei in den letzten Jahren schon Beachtliches geleistet habe. Dies sei jedoch nicht der richtige Moment, um sich auszuruhen. Einige unglückselige Zwischenfälle wie die erzwungene Absage einer Konferenz zur Armenien-Frage habe auf Seiten der EU weitere Zweifel aufkommen lassen. Herr LAGENDIJK bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass Herr BABACAN nicht an der GPA-Sitzung teilnehmen kann.

Herr Sjoerd GOSSES, Botschafter der Niederlande in der Türkei, ergreift als Vertreter des luxemburgischen Ratsvorsitzes der EU das Wort. Es habe zugegebenermaßen in der EU viele Spekulationen über den Ausgang der jüngsten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gegeben, und einige Bevölkerungsteile sähen jetzt künftige Erweiterungen mit kritischeren Augen. Auf der anderen Seite sei jedoch klar, dass die EU zu ihren Zusagen stehen werde, darunter zu ihrem Beschluss von 1999, die Türkei als Bewerberland anzuerkennen, und dem Beschluss des Rates von Dezember 2004 über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Laut Herrn GOSSES wäre der beste Weg, um diejenigen in Europa, die immer noch daran zweifeln, dass die Türkei nach Europa gehört, zu überzeugen, den Weg der Reformen mit dem Ziel, die Kriterien von Kopenhagen zu erfüllen, weiterzugehen und ihn unumkehrbar zu machen. Er begrüße die Fortschritte bei dem neuen Strafgesetzbuch. Die Türkei müsse jedoch ein klares Engagement bei allen noch zu lösenden Fragen zeigen, und dies auf der Grundlage einer klaren Strategie. Eine Priorität sei nun die Anwendung der Gesetze. In Bezug auf die politischen Kriterien von Kopenhagen erinnert Herr GOSSES daran, dass der Beschluss von Dezember 2004 auf einer „ausreichenden Erfüllung“ beruht habe. Um von einer vollständigen Erfüllung sprechen zu können, bliebe aber noch eine Menge zu tun. Beispielsweise gebe es mehrere ernste Probleme im Bereich Meinungs- und Glaubensfreiheit (darunter Fragen des Eigentums und der Ausbildung von Geistlichen), aber auch bezüglich der Lage der Kurden im südöstlichen Teil der Türkei. Die EU-Seite freue sich ferner auf die Unterzeichnung des Protokolls von Ankara und die Normalisierung der Beziehungen der Türkei mit allen EU-Mitgliedstaaten, darunter Zypern. Darüber hinaus informierte Herr GOSSES über die jüngsten Entwicklungen bei der Umsetzung des Assoziationsabkommens und der Zollunion.

Herr KRETSCHMAR, Leiter der Delegation in Ankara, ergreift im Namen der Europäischen Kommission das Wort. Er sei überzeugt, dass die Beitrittsverhandlungen pünktlich am 3. Oktober beginnen könnten. Zugleich verweist er darauf, dass die Aufnahme von Verhandlungen nicht bedeute, dass damit der Beitritt bereits garantiert ist. Die Türkei solle sich durch die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden nicht von den Aufgaben abbringen lassen, die vor ihr lägen. Er erinnert daran, dass die Kommission in ihren Empfehlungen von Oktober 2004 deutlich gemacht habe, dass nur ein beharrliches Festhalten an den Reformbemühungen die Gewähr für einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen bieten könne. Seit Dezember 2004 habe es aber kaum Fortschritte bei den Reformen gegeben. Der Stand der Gesetzgebungsarbeit sei auf einigen Gebieten, so beim Stiftungsgesetz, noch nicht zufriedenstellend, und allgemein liege der Schwerpunkt nicht genug auf der Umsetzung

der Gesetze. Er stimme mit Herrn GOSSES überein, dass es notwendig sei, die politischen Beitrittskriterien in den Augen zu behalten, darunter Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Verhältnis zwischen Militärangehörigen und Zivilisten, Binnenvertriebene und Rechte der Frauen. Die Europäische Kommission werde noch im Juni eine Mitteilung über den Dialog mit der Zivilgesellschaft vorlegen. Herr KRETSCHMAR beschließt seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die Bedeutung einer klaren politischen Führerschaft auf der türkischen Seite, die die EU-Beitrittsagenda zu „dem“ Reformprojekt seit der Gründung der Türkei werden lässt.

Botschafter DEMIRALP ergänzt im Namen der türkischen Regierung die einführenden Worte von Herrn DUMANOGLU zu der in Aussicht gestellten Aufnahme von Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober und zu den Reformfortschritten der Türkei. Er sei zuversichtlich, dass die EU an diesem Zeitplan festhalten werde. Herr DEMIRALP gibt der Hoffnung Ausdruck, dass der GPA künftig eine wichtigere Rolle spielen wird. Er sollte ein Forum echter Konsultation, nicht der Konfrontation sein. Er richtet an den GPA die Aufforderung, den intensiven Dialog über politische Reformen und Menschenrechtsfragen fortzusetzen, jedoch möglichst in einer weniger konfrontativen Art und Weise. Zugleich könnte der GPA in die technische Durchführung der Beitrittsverhandlungen einbezogen werden, was durch das Sekretariat des GPA geprüft werden sollte. Drittens sollte der GPA bei dem geplanten verstärkten Dialog mit der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle spielen.

Den Einführungsbeiträgen folgt eine allgemeine Diskussion, die nur durch die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 5 (Lage der Frauen in der Türkei) unterbrochen und am folgenden Tag wieder aufgenommen wird.

Die Diskussion wird von Herrn ELEKDAG eröffnet. Der Eindruck, die Armenien-Konferenz sei abgesagt worden, sei falsch. Sie sei nur verschoben worden. Er bedauere die Versuche der armenischen Diaspora, die Türkei wegen ihrer Geschichte zu kritisieren. Es wäre inakzeptabel gewesen, wenn bei einer Konferenz zu einer so sensiblen Thematik nur eine Sicht der Dinge dargelegt worden wäre. Es sei aber keinerlei Druck ausgeübt worden. Die Türkei sei bereit, sich ihrer Verantwortung zu stellen. Diese Frage müsste aber durch ernsthafte wissenschaftliche Forschung geklärt werden, möglichst durch einen objektiven Ausschuss und die Suche in den Archiven beider Seiten. Bezüglich der in Aussicht gestellten Mitgliedschaft der Türkei hob Herr ELEKDAG hervor, dass die Türkei etwas wie eine „privilegierte Partnerschaft“ niemals akzeptieren würde. Die Türkei habe Anspruch auf Vollmitgliedschaft. Er bedauere eine derzeit in der EU laufende „Kampagne gegen die Türkei“.

Frau BOZKURT bedauert, dass die Reformbemühungen der Türkei seit dem Beschluss von Dezember 2004 über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ins Stocken geraten sind.

Herr BEGLITIS betont die Notwendigkeit für die EU und die Türkei sowie für die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente, zusammenzuarbeiten, um die Türkei an die EU heranzuführen. Er gebe zu, dass die EU selbst gerade eine schwierige Zeit durchmache. Es gebe aber eine klare Rechtsgrundlage für die Erweiterung. Das Interesse der Türkei an der Fortsetzung der Reformen und Erfüllung ihrer Verpflichtungen, einschließlich Einhaltung der politischen Kriterien, sei ganz eindeutig. Man dürfe nicht mit den Ängsten der Bürger spielen.

Herr CEYLAN will beobachtet haben, dass man in einigen EU-Mitgliedstaaten Sturm gegen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei läuft. Das Gerede von einer "privilegierten Partnerschaft" sei für das türkische Volk verletzend und stärke nur die Kräfte, die gegen eine EU-Mitgliedschaft sind. Er versichere die EU-Seite, dass sich die Türkei in der Pflicht sehe, allen Anforderungen an die Vollmitgliedschaft zu genügen. Die Kurden dürften nicht als türkische Minderheit bezeichnet werden. Sie seien ein integraler Bestandteil der türkischen Gesellschaft. Jedenfalls habe man schon viel für die Verbesserung der Lage im Südosten getan.

Herr EURLINGS äußert sein Bedauern, dass Minister BABACAN nicht zur GPA-Sitzung kommen konnte. Er informiert über die wichtigsten Inhalte der Entschließung des EP über die Türkei, insbesondere die Notwendigkeit weiterer Anstrengungen zur Erfüllung der politischen Kriterien. Die EU-Seite sei besorgt über die Verlangsamung des Reformprozesses in den letzten sechs Monaten. Einige Bestandteile des neuen Strafgesetzbuchs und der Strafprozessordnung seien nach wie vor problematisch. Herr EURLINGS schlägt vor, bei den jetzt noch gemeldeten Fällen von Folter Menschenrechts-NRO in die Untersuchungen und Inspektionen einzubeziehen. Es müsse dringend die Frage der Dorfwächter im Südosten behandelt werden, um den Vertriebenen die Rückkehr zu erleichtern. Herr EURLINGS spricht ferner die Notwendigkeit an, das Protokoll von Ankara zu unterzeichnen, und erklärt sein Bedauern über die Umstände der abgesagten oder vertagten Armenien-Konferenz. Der Vorschlag von Ministerpräsident Erdogan, eine tiefgründige wissenschaftliche Debatte über diese historischen Ereignissen zu führen, sei zu begrüßen.

Herr ÖYMEN betont, dass für die Türkei nur die volle EU-Mitgliedschaft akzeptabel sei. Etwas anderes ließe sich mit Freundschaft und Ehrlichkeit nicht vereinbaren; es wäre eine Beleidigung für die türkischen Bürger und würde sie in ihren Gefühlen verletzen. Bezüglich der Beziehungen der Türkei zu Zypern merke er an, dass auf der Insel „zwei Souveränitäten“ existierten. Dies sei einfach eine Tatsache, mit der man konstruktiv umgehen müsse. Daher werde die Türkei „Südzypern“ auch niemals als separaten, unabhängigen Staat anerkennen. Was die Minderheitenrechte in der Türkei angehe, so schlage er für den Fall, dass die EU dieses Thema weiterhin anspreche, vor, dass von der Türkei die Fälle angesprochen werden, in denen türkische Bürger aus der EU ausgewiesen wurden. Zur Frage der Armenien-Konferenz stellt Herr ÖYMEN fest, dass es nicht hinnehmbar wäre, wenn die offizielle Sichtweise auf der Konferenz nicht vertreten sei. Zum Abschluss weist er die Kritik bezüglich der Religionsfreiheit zurück, die in jüngeren Dokumenten der Kommission und des Rates zum Ausdruck käme.

Herr DUFF betont, dass die Liberalen-Fraktion im EP die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober klar unterstützt. Gleichzeitig sei aber auch klar, dass der Prozess der europäischen Integration bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden einen Rückschlag hingenommen hat. Er rufe die Türkei auf, die EU davon zu überzeugen, dass sie kein nationalistischer Staat mehr sei, auch durch einen konstruktiven Beitrag zur Lösung der Zypernfrage.

Herr MATSIS macht deutlich, dass er den Weg der Türkei nach Europa sehr unterstütze und hoffe, dass der Besitzstand der EU voll zur Anwendung kommt. Die Zypernfrage müsse jedoch gelöst werden. Zypern werde von allen Ländern in der Welt außer der Türkei anerkannt. Er plädiert dafür, dass sich die EU stärker einbringt.

Herr SCHÖPFLIN fügt hinzu, dass die Regelung der Streitigkeiten mit den Nachbarn stets eine Vorbedingung für den EU-Beitritt gewesen sei. Zur Diskussion über eine mögliche „privilegierte Partnerschaft“ der EU mit der Türkei äußert er, dass Ausdrücke wie „Beleidigung“ und „verletzte Gefühle“ nicht hilfreich seien.

Herr ALABOYUN bringt seine Besorgnis über eine allgemeine antitürkische und antiislamische Haltung zum Ausdruck, die seit dem 11. September in Europa, ja sogar in den toleranten Niederlanden zu spüren sei.

Herr BUDAK betont gleichfalls, dass die Türkei die volle EU-Mitgliedschaft anstrebe. Man könne die Türkei nicht für den schlechten Ausgang der Abstimmungen über die EU-Verfassung verantwortlich machen. Sie werde ihren Reformweg fortsetzen. Er plädiere für eine objektivere und nüchternere Diskussion über die Armenien- und Zypernfragen, auch schon auf dieser GPA-Sitzung. Zugleich erinnere er daran, dass es die griechisch-zyprische Seite war, die den Annan-Plan abgelehnt hatte.

Herr VAN ORDEN sieht verschiedene Gründe für den negativen Ausgang der Referenden über die EU-Verfassung. Viele Bürger hätten mit ihrem Abstimmungsverhalten ihre Unzufriedenheit mit einem übermäßig integrierten Europa und ihren eigenen Eliten zum Ausdruck gebracht, die nun versuchten, dieses Votum in ein Votum gegen die Türkei umzudeuten. Die Erweiterung dürfe nicht zur Geisel einer gescheiterten europäischen Integration werden. Er sei jedoch auch beunruhigt über die spürbar sinkende Reformbegeisterung in der Türkei.

Herr TOUBON merkt an, dass die Verunsicherung der öffentlichen Meinung in der EU nicht nur auf die institutionellen Reformen zurückzuführen sei. Man werde den Menschen künftig besser zuhören müssen. Er bedauere, dass die türkischen Reformbemühungen seit Dezember 2004 ins Stocken geraten sind, und er habe den Eindruck, dass es auch innerhalb der türkischen Bevölkerung Zweifel bezüglich der EU-Mitgliedschaft gebe. Beides dürfe man nicht ignorieren. Er erkundigt sich, ob die Armenien-Konferenz in der Bosphorus-Universität auf der Grundlage von Artikel 305 des Strafgesetzbuchs abgesagt worden sei.

Herr ÖZDEMİR (MEP) betont, dass der angebliche armenische Völkermord nichts mit der EU-Integration der Türkei zu tun habe. Der türkische Ministerpräsident Erdogan habe dem armenischen Präsidenten Kocharian geschrieben und ihm vorgeschlagen, die Frage von Historikern klären zu lassen. Eine klare Antwort darauf stehe noch aus. Jede unnötige Forderung seitens der EU würde nur den EU-feindlichen Stimmen in der Türkei Auftrieb geben. Bezüglich der Zypernfrage erinnere er daran, dass die Türkei Zypern nicht okkupiert habe. Die Türkei habe lediglich mit dem Recht der Garantiemacht interveniert, um Massakern vorzubeugen.

* * *

Die Sitzung wird um 18.00 Uhr geschlossen und am folgenden Tag um 9.30 Uhr unter dem Vorsitz von Herrn LAGENDIJK wieder aufgenommen.

Wegen der langen Wortmeldungsliste für die Eröffnungsdiskussion (Tagesordnungspunkt 3) wird beschlossen, die Aussprache zu TOP 5 (Lage der Frauen in der Türkei) vorzuziehen und

danach die Aussprache zu TOP 3 fortzusetzen. TOP 6 (Integration der in der EU lebenden türkischen Bevölkerung) wird komplett von der Tagesordnung gestrichen.

* * *

5. Herr LAGENDIJK verweist auf den Entwurf eines Berichts der EP-Abgeordneten BOZKURT, der zur baldigen Annahme im EP anstehe. Der Entwurf liege im Raum aus.

Frau CUBUKCU, Staatsministerin der Türkei für Frauen, Familien und Kinder, führt TOP 5 mit einem Vortrag über die Entwicklung der Lage der Frauen in der Türkei ein. Sie betont, dass die Frauenfrage in der Türkei komplex und vielschichtig sei. Seit 1920 habe sich sehr viel verändert. So sei aus einer ländlichen allmählich eine urbane Gesellschaft und Wirtschaft geworden. Der von Atatürk beschrittene einzigartige Reformweg habe alle Teile der Gesellschaft beeinflusst. Frauen würden heute als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft angesehen. Die Gleichheit der Geschlechter sei eines der Kriterien für den Beitritt zur EU, aber auch Gegenstand verschiedener internationaler Übereinkommen. Die Türkei habe ihre Hausaufgaben gemacht, indem sie die einschlägigen Gesetze verabschiedet habe, nun gehe es vor allem um die Umsetzung. Die Ministerin gibt Informationen über besondere praktische Maßnahmen wie die Schaffung von Familiengerichten, über die Gleichberechtigung im Arbeitsrecht, über die Definition von sexueller Belästigung, häuslicher Gewalt und Ehrenmorden als schwere Verbrechen und Straftatbestände im Strafgesetzbuch. Ehrenmorde würden jetzt streng bestraft. Allerdings gebe es im privaten Bereich immer noch gewisse Traditionen und Wertvorstellungen. Hier bedürfe es eines Umdenkens in den Köpfen und der ganzen Gesellschaft. Die Regierung habe in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen eine große Kampagne gegen die Ehrenmorde auf den Weg gebracht. Es würden Frauenhäuser eingerichtet. Ministerin CUBUKCU betont, wie wichtig Bildung für Frauen ist. Sie sei stolz über die Einschulungsquote von 95 % im Jahr 2004. Das Ziel für 2010 sei 100 % bei Jungen und Mädchen. Sie stellt fest, dass bei den akademischen Berufen der Anteil der Frauen mit 25 % schon relativ hoch ist.

Frau BOZKURT (MEP) informiert über ihren Berichtsentwurf und seinen Stand im EP. Der Bericht sei mit der Unterstützung aller Fraktionen im Ausschuss für die Rechte der Frau des EP angenommen worden. Sie stimmt Ministerin CUBUKCU zu, was die beträchtlichen Fortschritte im Bereich der Gesetzgebung anbelangt, betont jedoch, dass der Schwerpunkt auf der Umsetzung und Verbesserung der Lage der Frauen in der Praxis liegen sollte. Es gebe noch verschiedene Probleme, darunter der Zugang zur Bildung, Gewalt gegenüber Frauen, ihre Teilnahme am politischen Leben und die Diskriminierung bei der Beschäftigung. Frau BOZKURT unterstreicht die Bedeutung der Einbeziehung der einschlägigen NRO. Sie stellt einige der wichtigsten Empfehlungen aus ihrem Bericht vor. Sie freue sich über den Vorschlag, im türkischen Parlament einen Ausschuss für die Rechte der Frau einzurichten, und hoffe, dass dieser bald zustande kommt.

Frau SOMMER erinnert daran, dass es in einer traditionellen patriarchalischen Gesellschaft natürlich schwierig ist, Veränderungen bei der Gesetzeslage und im realen Leben der Frauen herbeizuführen. Verbesserungen im wirtschaftlichen und sozialen Leben erleichterten die Entwicklung oft. Sie ermutigt Ministerin CUBUKCU, ihre anspruchsvolle Arbeit fortzusetzen. Die Bekämpfung der Ehrenmorde sollte auch weiterhin zu den Prioritäten gehören.

Aufmerksamkeit verdienen aber auch Menschenhandel, Zwangsheiraten, Frauenhäuser. Sie erkundigt sich, welche Maßnahmen auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung für Frauen vorgesehen sind, damit sich ihre Chancen in der Gesellschaft verbessern.

Herr MATSAKIS stellt fest, dass die Lage der Frauen in der türkischen Gesellschaft immer noch schlecht sei. Als Beispiel nennt er das nach wie vor niedrige Niveau der Teilnahme am politischen Leben und des Zugangs zur Bildung. Er stellt die Frage, was die Regierung im Bereich der Präventivmedizin gegen Brustkrebs unternehme.

Frau GUTIERREZ sieht in der türkischen Gesellschaft immer noch Widerstand seitens fundamentalistischer Kräfte. Im wirklichen Leben habe sich die Lage der Frau kaum verbessert. Von größter Bedeutung sei die Bildung.

Herr HACALOGLU unterstreicht die Bedeutung der Reformen Atatürks für die Modernisierung und Säkularisierung der türkischen Gesellschaft. Dies habe zu einer besseren Lage der Frauen beigetragen. Seitdem sei viel erreicht worden, auch bei der Schulbildung und Beteiligung der Mädchen und Frauen am gesellschaftlichen Leben.

Frau RESETARITS zeigt sich besorgt über den geringen Anteil der schreibkundigen Mädchen und Frauen im ländlichen Raum, wo laut den ihr vorliegenden Informationen, nur 10 % der Frauen schreiben und lesen können sollen. Sie sehe eine Diskrepanz zwischen dieser Zahl und der offiziell gemeldeten allgemeinen Einschulungsquote von nahezu 95 %.

Herr HATZIDAKIS stellt fest, dass erhebliche Fortschritte erzielt worden seien. Er frage sich, ob es weise wäre, der türkischen Gesellschaft das westliche Modell „aufzuzwingen“. Er erkundigt sich nach der Haltung der Regierung zur Kopftuchproblematik.

Frau UCA wünscht genaue Zahlen zu den Ehrenmorden und Informationen über konkrete Vorhaben im Bereich Bildung und Beschäftigung im südöstlichen Teil der Türkei.

Herr KOC sieht eine Verbindung zwischen dem, was er als ultraliberale Politik bezeichnet, und bestimmten Gesundheitsrisiken. Zur Frage von Herrn MATSAKIS bezüglich der Prävention im Gesundheitsbereich bemerkt er, dass die medizinische Grundversorgung in der Türkei sehr gut funktioniere. Bezüglich der Kopftuchfrage verweist er darauf, dass 95 % der türkischen Bevölkerung praktizierende Moslems seien, der Staat jedoch säkular sei.

Frau RÜHLE erinnert daran, dass es auch in den EU-Mitgliedstaaten Probleme bezüglich der Lage der Frauen gebe. Es sollte keine Vorurteile gegenüber der Türkei geben, sondern man müsse ein differenziertes Bild von ihr zeichnen. Sie halte in diesem Zusammenhang den Dialog mit der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit für äußerst wichtig.

Frau THYSSEN spricht die positiven Entwicklungen in der Türkei an und fragt Ministerin CUBUKCU, ob sie sich von ihren männlichen Kollegen unterstützt fühle.

Minister CUBUKCU teilt mit, dass geplant sei, eine Reihe von neuen Frauenhäusern zu schaffen. Sie stehe diesbezüglich mit mehreren Bürgermeistern im Kontakt. In einigen Gemeinden sehe man in „Sozialzentren“ eine Alternative zu Frauenhäusern. Sie bekräftigt ihre

frühere Aussage zur Einschulungsquote für Mädchen und Jungen und äußert Zweifel an der Richtigkeit der von Frau RESETARITS genannten Zahl von nur 10 % der Frauen und Mädchen auf dem Lande, die lesen und schreiben könnten. Bildung für die Frauen sei schließlich eine Priorität der Regierung. Sie stellt fest, dass es in dieser Frage eine gute Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen der Regierung gebe. Zur Frage der Untersuchung des Genitalbereichs von Mädchen auf der Grundlage einer richterlichen Anordnung stellt die Ministerin klar, dass es sich nicht um einen „Jungfräulichkeitstest“ handle, wie von einigen NGO behauptet worden sei, sondern um eine Möglichkeit, eine eventuelle Vergewaltigung nachzuweisen. Frau CUBUKCU teilt mit, dass in der Tat im Parlament bald ein Ausschuss für die Rechte der Frau eingerichtet werde.

Frau BOZKURT bekräftigt die vielen positiven Entwicklungen bei der Lage der Frauen in der Türkei, stellt aber auch fest, dass es noch eine Reihe von Problemen gibt, darunter die Ehrenmorde. Bezüglich der Zwangsuntersuchungen im Genitalbereich verweist sie auf die einschlägigen Empfehlungen in ihrem Bericht.

Herr KRETSCHMAR, der für die Europäische Kommission spricht, erinnert daran, dass die Kommission in ihrem letzten Fortschrittsbericht der Lage der Frauen, aber auch der Entwicklung und Umsetzung von einschlägigen Hilfsmaßnahmen der EU große Bedeutung beigemessen hat. Dies habe zur Verbesserung der Situation beigetragen. Auch die NRO entwickelten sich dynamisch und seien sehr aktiv. Er bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass diese NRO in der türkischen Gesellschaft mehr Akzeptanz finden. Die für Ende Juni vorgesehene Mitteilung der Kommission über den Dialog mit der Zivilgesellschaft werde sich auch mit der Frauenproblematik befassen. Wichtig sei ein Ansatz von unten nach oben.

Frau SOMMER betont, dass es notwendig ist, vorhandene Probleme beim Namen zu nennen und nicht zu verschleiern. Sie spricht auch die besondere Situation der Frauen im Südosten an.

Herr DEMIRKIRAN gibt zu, dass das Niveau der Beteiligung von Frauen und Mädchen am politischen Leben gering ist und Hindernisse für ihren vollen Zugang zur Bildung bestehen. Man müsse aber auch ihren religiösen Überzeugungen und den einschlägigen Restriktionen, die von einem säkularen Staat ausgehen, Rechnung tragen (er verweist auf das Kopftuch). Er plädiert für ein leichteres Verfahren zur Finanzierung von für EU-finanzierten Bildungsprojekten.

Herr HÖKMARK regt an, einen Unterschied zwischen dem Kopftuch als religiöses Symbol und dem Kopftuch als Symbol für Rückschrittlichkeit zu machen.

Laut Herrn ÖYMEN muss klargestellt werden, dass das Tragen eines Kopftuches keine Menschenrechtsverletzung ist. Dies sei auch vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs bestätigt worden. Er frage sich im Umkehrschluss, ob man nicht den Frauen den Weg zur Bildung versperre, indem man sie zwingt, kein Kopftuch zu tragen.

Frau RÜHLE erinnert daran, dass das Thema Frau und Islam schon ein europäisches ist. Es bedürfe eines intensiven interkulturellen Dialogs sowie einer Integrations- und Bildungsdebatte.

Ministerin CUBUKCU räumt ein an, dass es große regionale Unterschiede bei der Lage der Frauen und auch beim Tragen des Kopftuchs gibt. Nicht zustimmen könne sie der Meinung, dass die meisten Frauen, die das Kopftuch tragen, dies täten, weil sie von ihren Familien dazu gezwungen würden; sie trügen es vielmehr aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen. Natürlich müssten ihre Rechte garantiert werden. Auch dürfe man Frauen mit Kopftuch kein Etikett aufkleben, als handle es sich um eine homogene Gruppe. Dies sei nicht der Fall, ebenso wie die Kopftuchträgerinnen nicht alle aus derselben politischen Ecke kämen. Was sie miteinander verbinde, sei nur die Religion. Dies sei kein Thema für eine Konfrontation, sondern für Kompromisse.

Frau BOZKURT hält den Dialog mit der Zivilgesellschaft und deren Einbeziehung gleichfalls für wichtig. Sie ruft ferner die politischen Parteien in der Türkei auf, die Teilnahme der Frauen am politischen Leben zu unterstützen. Zur Kopftuchproblematik merkt sie an, dass ja das türkische Parlament die einschlägigen Gesetze ändern könnte.

* * *

Nach der Debatte über TOP 5 wird die allgemeine Aussprache vom Vortag über die Beziehungen EU-Türkei vor dem Hintergrund des Beitritts der Türkei fortgesetzt.

Herr LANGEN bedauert, dass gestern so aneinander vorbeigeredet wurde. Er beziehe sich auf die Bemerkungen der türkischen Kollegen, dass die Türkei ein Recht auf die EU-Vollmitgliedschaft habe und alles andere die Gefühle und die Rechte der türkischen Bürger verletzen würde. Er empfehle wärmstens, in Alternativen zu denken. Die jüngsten Referenden in Frankreich und den Niederlanden hätten gezeigt, dass viele EU-Bürger nicht nur wegen eines bestimmten Sozialmodells für die EU, sondern auch wegen der Grenzen, die die EU am Ende haben werde, besorgt seien. Gleichzeitig gebe es ein viertes Kopenhagen-Kriterium, und zwar die Aufnahmefähigkeit der EU für neue Mitglieder.

Herr ZAHRADIL erinnert daran, dass die neuen EU-Mitgliedstaaten in der Regel sehr für die Fortsetzung der Erweiterung der EU, auch um die Türkei, seien. Dies sei sowohl eine moralische Pflicht als auch ein wichtiges Element strategischer Überlegungen. Ein mögliches Scheitern der EU-Verfassung wäre beileibe nicht das Ende der EU-Integration und -Erweiterung. Es wäre nur das Ende einer bestimmten Verfassung. Die Erweiterung dürfe nicht zur Geißel der gescheiterten Verfassung werden. Bezüglich der Diskussion über Alternativen zur Vollmitgliedschaft bemerkt Herr ZAHRADIL, dass das Konzept der Mitgliedschaft in zehn Jahren auch ein ganz anderes sein könnte; bis dahin könne es eine viel flexiblere Art der EU-Integration und Mitgliedschaft geben.

Herr HOWITT merkt an, dass es weder rechtliche noch technische und auch keine sonstigen Argumente gebe, die für einen Abbruch des Verhandlungsstarts mit der Türkei sprächen. Es könne allerdings Versuche geben, die Diskussionen über das Verhandlungsmandat zu missbrauchen. Er sehe mögliche Auswirkungen des Wahlkampfes in Deutschland. Der beste Weg nach vorn für die Türkei wäre, wenn sie den Weg der Reformen mit vollem Engagement weiterginge, um den Türkeibeitrittsgegnern in der EU keine Argumente zu liefern. Er spricht die Frage des Verbots der türkischen Lehrergesellschaft wegen des Problems der kurdischen Sprache an.

Frau ROTHE betont, dass sie sich über den Beschluss des Rates von Dezember letzten Jahres über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen sehr gefreut habe. Sie sei nicht mit Herrn Langen einverstanden, dass die Verhandlungen ergebnisoffen geführt werden müssten. Verhandlungsziel müsse ganz klar die Mitgliedschaft sein. Sie appelliere jedoch dringend an die türkische Seite, die Sorgen der EU über die wahrgenommene Verlangsamung des Reformprozesses ernst zu nehmen. Die Entwicklungen der letzten sechs Monate seien recht besorgniserregend gewesen. Zur Frage der Armenien-Konferenz merkt Frau ROTHE an, dass auch eine möglicherweise einseitige Konferenz toleriert werden müsse. Sie drängt die türkische Seite, sich konstruktiv an einer Lösung der Zypernfrage zu beteiligen.

Herr MATSAKIS betont, dass er für Reformen und eine Stärkung der Menschenrechte in der Türkei eintrete, die ein Beitrag zum EU-Beitritt seien. Wenn die Art und Weise, in der die EU ihre Sorgen äußere, auf türkischer Seite bisweilen als aggressiv erlebt würde, so sicher deshalb, weil sich die EU einfach raschere Fortschritte erhoffe. Laut Herrn MATSAKIS hat die Türkei immer noch erhebliche Probleme im Bereich Demokratie und Menschenrechte; dazu gehörten die Lage der Kurden und der Frauen und die Zypernfrage. Die Türkei müsse die Republik Zypern anerkennen und sich in Zusammenarbeit mit den zuständigen internationalen Gremien mit dem Problem der verschwundenen Menschen im nördlichen Zypern befassen.

Herr KOC erinnert an die geschichtlichen Ereignisse in und um Zypern zwischen 1960 und 1973. Was die verschwundenen Menschen anbelangt, so betont er, dass darunter auch viele türkische Zyprer seien. Es seien damals viele Massengräber gefunden worden. Die türkische Armee habe eingegriffen, um die türkischen Zyprer zu schützen. Auf die Bemerkung von Herrn HOWITT zur Lehrgewerkschaft erwidert Herr KOC, es dürfe jedermann seine Muttersprache lernen, aber es gebe in der Türkei nur eine Amtssprache, die auch die amtliche Unterrichtssprache sei. Er hoffe, dass die Lehrgewerkschaft ihre Satzung entsprechend ändern werde.

Herr HATZIDAKIS räumt ein, dass die Türkei auf ihrem Reformweg erhebliche Fortschritte gemacht hat. Es bleibe jedoch noch mehr zu tun, um für den Beitritt gerüstet zu sein. Er verweist auf die Wichtigkeit einer Verbesserung des Gesetzes über die Stiftungen und die Notwendigkeit, die Probleme des griechisch-orthodoxen Seminars von Halki zu lösen.

Frau GUTIERREZ betont die Bedeutung der Korruptionsbekämpfung und der Finanzreform.

Herr ÖGER erinnert daran, dass kein anderes Land 42 Jahre auf den Beitritt zu einer Organisation gewartet hat. Für ihn würden viele Europäer unehrenhaft handeln, wenn sie jetzt, da die Türkei substanzielle Reformen durchgeführt habe, ihre Versprechen nicht halten wollten. Eine privilegierte Partnerschaft oder etwas Vergleichbares käme nicht in Frage; Pacta sunt servanda. Viele der jetzigen EU-Mitgliedstaaten hätten auch einen weiten Weg zur Demokratie gehen müssen. Hätte man 1980 die jetzt gültigen Kopenhagen-Kriterien auf Griechenland angewandt, so wäre es damals nicht EU-Mitglied geworden. Auch in anderen EU-Mitgliedstaaten sei in den 60er und 70er Jahren vieles noch ganz anders gewesen. Das Ziel der Beitrittsverhandlungen müsse nun die Vollmitgliedschaft sein. Dies sei für die Türkei auch eine Frage des Stolzes. Herr ÖGER kritisiert zugleich aktuelle Tendenzen zu einem populistischen Nationalismus in der Türkei.

Herr DEMIRKIRAN geht auf den schwierigen Prozess der Rückkehr von über 350 000 Vertriebenen in den Südosten ein. Obschon sich die Regierung sehr dafür eingesetzt habe, auch durch Entschädigungszahlungen für verlorenes Eigentum, seien bis März 2005 nur 131 000 zurückgekehrt. Er appelliert an die Europäische Kommission, weitere finanzielle Mittel für den Südosten bereitzustellen.

Frau SOMMER betont, dass die EU-Verfassung, so wie sie es sehe, von allergrößter Bedeutung für die EU und eine Vorbedingung für den künftigen Integrations- und Erweiterungsprozess sei. Mit einer Geiselnahme der Türkei oder der Erweiterung habe dies nichts zu tun. Sie stellt klar, dass sich der Vorschlag der deutschen CDU bezüglich einer privilegierten Partnerschaft nicht gegen die Türkei gerichtet habe. Auch schließe er nicht unbedingt eine künftige Mitgliedschaft aus. Sie wolle verdeutlichen, dass die Beitrittsverhandlungen ergebnisoffen sein müssten. Sie stimme zu, dass es notwendig sei, die südöstlichen Regionen der Türkei weiterzuentwickeln. Allerdings ginge es dabei nicht nur um zusätzliche Gelder. Die Dorfwächter seien nach wie vor ein ernsthaftes Problem und ein Hindernis für die Rückkehr der Vertriebenen.

Herr LAGENDIJK reagiert auf die Bemerkung zur Ergebnisoffenheit, indem er erklärt, dass Ergebnisoffenheit im Wesen von Verhandlungen liege, dass jedoch bei Beitrittsverhandlungen das anvisierte Ziel ganz klar die EU-Mitgliedschaft sei.

Herr ÖYMEN bekräftigt, dass die Türkei die Vollmitgliedschaft verdiene und zeigt sich besorgt über die religiösen und kulturellen Gründe, die von einigen EU-Politikern vorgebracht würden, um die Türkei auszuschließen.

Herr DUMANOGLU bedauert, dass sich die Diskussion im Kreis drehe, indem bestimmte Fragen immer wieder angesprochen würden. Er räume ein, dass es noch einige Defizite gebe, die die Türkei abstellen müsse. Gleichwohl sei auch die EU reformbedürftig. Er vergleiche die Reaktion in der Türkei und die internationale Reaktion auf Polizeimaßnahmen gegen die Demonstrationen am Frauentag am 8. März 2005 mit ähnlichen Maßnahmen der französischen Polizei im Monat April. Die Türkei benötige weitere Hilfe von der EU, so wie sie früher die anderen Bewerberländer erhalten hätten. Die Türkei fühle sich denselben Werten wie die EU verpflichtet und wolle ein unabhängiges Mitglied der EU werden.

6. Dieser TOP wird nicht behandelt.

7. Es werden keine weiteren Fragen angesprochen.

8. Herr LAGENDIJK schlägt vor, die nächste Sitzung des GPA im Oktober/November 2005 in Brüssel zu veranstalten.

Die Sitzung wird um 13.00 Uhr geschlossen.

EUROPEAN PARLIAMENT

54th MEETING OF THE EU-TURKEY JOINT PARLIAMENTARY COMMITTEE

Istanbul, 13-14 June 2005

Participants

Members

Mr Joost LAGENDIJK, Chairman
Mr Jacques TOUBON, 1st Vice-Chairman
Mr Andrew DUFF, 2nd Vice-Chairman
Ms Renate SOMMER, 3rd Vice-Chairman
Mr Panagiotis BEGLITIS, 4th Vice-Chairman

Verts/ALE, *Netherlands*
EPP-ED, *France*
ALDE, *United Kingdom*
EPP-ED, *Germany*
PES, *Greece*

Ms Emine BOZKURT
Mr Joel HASSE FERREIRA
Mr Konstantinos HATZIDAKIS
Mr Gunner HÖKMARK
Mr Richard HOWITT
Mr Stanislaw JALOWIECKI
Mr Werner LANGEN
Mr Marois MATSAKIS
Mr Yiannakis MATSIS
Mr Vural ÖGER
Mr György SCHÖPFLIN
Ms Feleknas UCA
Mr Geoffrey VAN ORDEN

PES, *Netherlands*
PES, *Portugal*
EPP-ED, *Greece*
EPP-ED, *Sweden*
PES, *United Kingdom*
EPP-ED, *Poland*
EPP-ED, *Germany*
ALDE, *Cyprus*
EPP-ED, *Cyprus*
PES, *Germany*
EPP-ED, *Hungary*
GUE/NGL, *Germany*
EPP-ED, *United Kingdom*

Substitute Members

Ms Cristina GUTIÉRREZ-CORTINES
Ms Karin RESETARITS
Mrs Mechtild ROTHE
Ms Heide RÜHLE
Mr István SZENT-IVÁNYI
Ms Marianne THYSSEN
Mr Jan ZAHRADIL

EPP-ED, *Spain*
NI, *Austria*
PES, *Germany*
Verts/ALE, *Germany*
ALDE, *Hungary*
EPP-ED, *Belgium*
EPP-ED, *Czech Republic*

Rapporteur

Mr Camiel EURLINGS

EPP-ED, *Netherlands*

Secretariat

Mr Stefan PFITZNER
Mr Karsten MECKLENBURG
Ms Joanna JARECKA GOMES
Ms Emma MOLLET
Ms Claudia SIEGISMUND

Deputy Head of Unit
Administrator
Administrator
Administrative assistant
Administrative secretary

Secretariat of Political Groups

Ms Marianna PARI

EPP-ED

PV\587650DE.doc
Externe Übersetzung

13/14

PE 358.349

Mr Rob Van DE WATER
Mr Rune GLASBERG
Mr Ali YURTTAGÜL
European Commission

PES
ALDE
Verts/ALE

Mr Alessandro MISSIR DI LUSIGNANO

Council

Mr Gabriele SCARAMUCCI

Assistants

Mr Yiannos CHARALAMPIDIS - Assistant to Mr Matsis
Mr Roland FLEIG - Assistant to Mr Öger
Mr Franz KRAUS - Assistant to Ms Sommer
Mr Guillaume McLAUGHLIN - Assistant to Mr Duff

Interpreters

Turkish Booth

Ms Zeinep BEKDIK
Ms Ebru DIRIKER
Ms Serra YILMAZ

German Booth

Ms Elisabeth NAHLER-ZANOS (Team leader)
Ms Bettina JÜRGING

English Booth

Ms Juliana HOGAN
Ms Julia SPETSIOU

French Booth

Mr Gérard HENDRICKX
Ms Nathalie PASPALIARI

Greek Booth

Ms Matina ARGYROPOULOU
Mr Nikolaos GALINOS